

## Protokoll

Verleihung des **ÖNZ-Friedenspreises 2019** an das **Centre Jeunes Kamenge**

Podiumsdiskussion: „Welche Zukunft für Burundi? Erwartungen und Perspektiven“ am 27. November 2019 mit:

- Abbé Maurice Ciza, Centre Jeunes Kamenge
- Freddy Nkurunziza, Commission Episcopale Justice et Paix du Burundi
- Annika Wandscher, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Dr. Julia Grauvogel, GIGA Institut für Afrika-Studien

Laudatio: Christine Hoffmann, Generalsekretärin der deutschen Sektion von pax christi

Das Centre Jeunes Kamenge in Burundis Hauptstadt Bujumbura ist ein Jugendzentrum, das seit 1991 Jugendlichen aller ethnischen und sozialen Herkunft offensteht. Für seine langjährige Friedensarbeit hat das Ökumenische Netz Zentralafrika (ÖNZ) das Zentrum mit dem ÖNZ-Friedenspreis 2019 ausgezeichnet. Entgegengenommen wurde der Preis vom Leiter des Centre Jeunes Kamenge, Abbé Maurice Ciza.



Die vorangegangene Podiumsdiskussion widmete sich der Frage, wie sich die politische und humanitäre Krise seit 2015 sowie die aktuellen politischen und sozialen Entwicklungen auf die (junge) Bevölkerung auswirken. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Gesine Ames.

Während des Bürgerkrieges von Burundi im Jahr 1993, als das Centre Jeunes Kamenge gerade erst seine Türen geöffnet hat, befand es sich inmitten der ethnischen geteilten und unruhigen nördlichen Stadtteile Bujumburas. Das Jugendzentrum wurde als Feldlazarett genutzt und war Angriffen bewaffneter Gruppen ausgesetzt. Mit dem Krieg wuchs das Anliegen, Jugendliche willkommen zu heißen und versöhnlich zusammenzubringen.

Auch heute steht die Jugend, die den Großteil der Bevölkerung ausmacht, im Mittelpunkt der politischen Krise. Für junge Burundier sind Armut und Erwerbslosigkeit die Norm und Perspektivlosigkeit das gemeinsame Los. Manche schließen sich vor diesem Hintergrund bewaffneten Gruppen an und sind der Beeinflussung politischer Akteure ausgesetzt. Im Zuge einer friedlichen Auseinandersetzung mit der Krise engagieren sich junge Menschen aber auch verstärkt in Netzwerken und eröffnen einen Raum für die Debatte über die Zukunft ihres Landes.



Mit der Vermittlung demokratischer Werte und friedlicher Konfliktlösung kann das Centre Jeunes Kamenge einer politischen Polarisierung unter den oftmals traumatisierten Jugendlichen entgegenwirken. Besonders angesichts der kommenden Präsidentschaftswahlen 2020 sind

solche Bemühungen unentbehrlich. Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion sind sich einig, dass die Wahlperiode ein Gewalt- und Eskalationsrisiko birgt. Rückzuführen ist das auf die Verfolgung und Repression der rückkehrenden Flüchtlinge, der Opposition und der Journalisten, fortbestehende Menschenrechtsverletzungen und Epidemien. Internationale Ansätze zur Schaffung eines dauerhaften Friedens verbleiben ohne Erfolg. Der inter-burundische Dialog, eine Initiative der Ostafrikanischen Gemeinschaft, um die Spannungen zwischen der Regierung und der Opposition (im Exil) zu lösen, ist gescheitert. Das Klima der Angst und Einschüchterung setzt sich fort. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen werden die Anliegen verkannt und die Forderung der burundischen Regierung, von der Tagesordnung gestrichen zu werden, wird von einigen Ländern unterstützt. Zwar zeigen die 2016 verhängten EU-Sanktionen Wirkung, verschärfen jedoch auch die wirtschaftliche Misere der Bevölkerung. Zu den Bedingungen, die für eine Aufhebung der Sanktionen erfüllt werden müssten, bemängelte ein Teilnehmer das Fehlen begleitender Erklärungsmaßnahmen und Kommunikationsstrategien.



Die gegensätzlichen internationalen Beziehungen zu Burundi zeigen sich auch in der Regierungszusammenarbeit, die beispielsweise Belgien und Deutschland eingestellt haben. Burundi erhält weiterhin Budgethilfen u.a. von China, Russland und den Golfstaaten, die viel Interesse an der Erhaltung der Beziehungen zeigen. Auch Frankreich überrascht die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in diesem Jahr mit der erneuten Aufnahme der finanziellen Zusammenarbeit mit der burundischen Regierung. Zwar suspendierte Deutschland die bilaterale Entwicklungsarbeit im Juni 2016, Maßnahmen zu Gunsten der burundischen Bevölkerung werden jedoch fortgesetzt. Dabei kooperiert das BMZ mit lokalen und internationalen NRO. So kommen Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme, Gründungen von Friedensclubs und verschiedene Jugendprojekte zu Stande, wie Kultur- und Sportveranstaltungen. Mit diesen Projekten wird die burundische Zivilgesellschaft unterstützt und ihre Kapazitäten gestärkt. Allerdings ist Burundi kein Prioritätsland der deutschen EZ und auswärtigen Politik und die zukünftige Strategie der Bundesregierung gegenüber der Weiterführung der Projekte steht auf dem Prüfstand.

Neben lokalen Zivilgesellschaften wurde die Katholische Kirche als ein weiterer Akteur, der das Bewusstsein junger Menschen in Burundi fördern kann, besprochen. Als neutrale Instanz leistet sie Sensibilisierungs-, Bildungs- und Friedensarbeit. Sie ist in der Lage, einen weiten Teil der Bevölkerung zu erreichen. Auch als politisches Kollektiv hält die Katholische Kirche eine wichtige Rolle inne. Dabei stößt sie jedoch immer wieder auf Schikanen seitens der Regierung.

Die Abhängigkeit von der Landwirtschaft stellt die junge Bevölkerung vor eine schwierige Ausgangslage. Ein rasches Bevölkerungswachstum, aber auch weniger Ernteerträge durch klimatische Veränderungen, sorgen für Nahrungsmittelknappheit. Verschärft wird diese Landknappheit durch eine vermehrte Rückkehr burundischer Flüchtlinge. Unter diesen Umständen bergen soziale Spannungen und Arbeitslosigkeit ein erhöhtes Risiko für Landkonflikte und gewaltsame Auseinandersetzungen, sowie für politische und ideologische Manipulation. Zusätzlich treibt die schlechte wirtschaftliche Lage Mädchen und Frauen in die Hände von Menschenhändlern, die sie unter dem falschen Versprechen eines lukrativen Arbeitsplatzes im Ausland zum Beispiel nach Oman oder Saudi-Arabien verschleppen und zu Zwangsarbeit und/oder Zwangsprostitution drängen.

Im Abschluss der Diskussion betonten die burundischen Gäste die Notwendigkeit eines Festhaltens an der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen im Land und die Aufrechterhaltung der diplomatischen Gespräche. Besonders angesichts der bevorstehenden Wahlen 2020 dürfe Burundi nicht von den Länderlisten des Auswärtigen Amtes und des BMZ fallen.